

Neuer Bericht: Bundesinstitut verheimlicht immer mehr brisante Daten zu Impfnebenwirkungen

12 Sep. 2022 09:16 Uhr

Der neue Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts zu den Corona-Impfstoffen ist an Intransparenz kaum zu überbieten. Erneut verschweigt er Daten zu schwerwiegenden Verdachtsfällen bei Kindern. Und schlimmer noch: Künftig will es nur die Daten zu Booster-Impfungen beleuchten.



Quelle: Gettyimages.ru © Bonn-Sequenz/ullstein bild via Getty Images

Das Paul-Ehrlich-Institut – Bundesamt für Sera und Impfstoffe in Langen/Hessen, 1995

Von Susan Bonath

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) soll die Sicherheit von Impfstoffen überwachen. Doch bezüglich der weiterhin nur bedingt zugelassenen, aber millionenfach verabreichten COVID-19-Vakzine übt sich die Unterbehörde des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) zunehmend in Geheimhaltung. In seinem am Donnerstag veröffentlichten neuen [Sicherheitsbericht](#) fehlen erneut wichtige Daten: Schwere Verdachtsfälle versteckt das PEI in Promille-Angaben, für Kinder gibt es weder diese noch Todesfälle gesondert an. Mehr noch: Es will künftig nur noch zu den empfohlenen Boostern berichten. Die Begründung des Instituts ist jedoch nicht haltbar.

Rasante Zunahme schwerer Verdachtsfälle?

Brisant sind bereits die wenigen Daten, die das PEI größtenteils im Fließtext des Berichts versteckt. Demnach erreichten das Institut bis Ende Juni 2022 insgesamt fast 324.000 Meldungen über

Verdachtsfälle von Impfnebenwirkungen. Damit kamen von April bis Juni rund 27.000 weitere hinzu. Verabreicht wurden demnach bis dahin insgesamt 182,7 Millionen Impfdosen – zehn Millionen mehr als bis Ende März. Laut Robert Koch-Institut (RKI) waren Ende Juni rund 64,7 Millionen Menschen mindestens einmal geimpft.

Außerdem wuchs die Zahl der angezeigten Todesfälle nach einer Corona-Impfung auf 3.023 an – 213 mehr, als das PEI bis Ende März publiziert hatte. Geheimhaltung praktiziert es derweil mit den Meldungen von Verdachtsfällen zu schwerwiegenden Nebenwirkungen und Impfschäden. Allerdings scheint es gerade hier einen rasanten Anstieg gegeben zu haben.

So berichtete das PEI in vorangegangenen Berichten stets von 0,2 Meldungen schwerer Verdachtsfälle pro 1.000 verimpften Dosen, nunmehr spricht es von 0,3 Fällen pro 1.000 Impfungen. Bei 182,7 Millionen Impfdosen müssten demnach rund 54.800 Geimpfte schwere Schäden erlitten und gemeldet haben. Dies wäre ein rasanter Anstieg dieser Fälle von Anfang April bis Ende Juni um fast 18.000.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass sich diese Angaben auf Impfdosen, nicht auf geimpfte Personen beziehen. So wurde zwar ein schwerer Schaden pro 3.330 Impfungen gemeldet; bezogen auf die betroffenen Menschen wurde aber mittlerweile einer von 1.180 Geimpften nach einer seiner Spritzen so schwer krank, dass dies gemeldet wurde – wobei zusätzlich mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen sein dürfte.

Schwere Folgen bei Kindern verheimlicht

Einen erneuten Offenbarungseid an Ignoranz leistet sich das Bundesinstitut bezüglich der schutzbedürftigsten Gruppe. Obwohl im ersten Halbjahr 2022 besonders viele Kinder geimpft wurden, verschweigt es, wie bereits im vorangegangenen Bericht, die Anzahl schwerer Verdachtsfälle von Nebenwirkungen, Impfschäden und Todesfällen bei unter 18-Jährigen vollständig.

Zu finden sind lediglich folgende Zahlen: Insgesamt seien für die Gruppe der Fünf- bis 17-Jährigen 5.911 Verdachtsfälle beim PEI eingegangen, 1.052 davon waren jünger als zwölf Jahre. Hinzu kamen demnach weitere 204 Verdachtsfälle, die jüngere Kinder, teils Säuglinge von geimpften Müttern betrafen. Dazu schreibt das PEI lediglich:

"Des Weiteren wurde [von] 204 Verdachtsmeldungen nach einer Impfung mit einem COVID-19-Impfstoff bei Kindern berichtet, die zum Zeitpunkt der Impfung jünger als 5 Jahre alt waren. Davon waren 134 Kinder zwischen 15 Monaten und 4 Jahren alt. ... 70 Verdachtsmeldungen bezogen sich auf Säuglinge, deren Mütter während der Stillzeit geimpft wurden."

Doch Konkretes über diese Fälle erfährt man nicht. So räumt das PEI im Anschluss ganz offen ein:

"Diese Meldungen werden nachfolgend nicht dargestellt. Das Paul-Ehrlich-Institut unterstützt eine Studie des Pharmakovigilanzentrums Embryonaltoxikologie der Charité Berlin zur Sicherheit der COVID-19-Impfung in der Schwangerschaft."

Offenbar hat das PEI seine Gründe, die Fälle zu verheimlichen. Im vorangegangenen [Bericht](#) war an dieser Stelle immerhin noch angefügt:

"In einem Fall wurde berichtet, dass ein Neugeborenes einer geimpften Frau am Tag der Geburt verstarb. Auf Nachfrage konnte ermittelt werden, dass eine Plazentaablösung mit erheblicher Hämatombildung für die Komplikation bei dem Neugeborenen verantwortlich waren."

Brisante Daten gedeckelt

Das lässt den Leser einigermaßen ratlos zurück. Es stellen sich brisante Fragen: Was genau soll in der vom PEI angeblich unterstützten Studie herausgefunden werden? Gibt es Anhaltspunkte für schwere Schäden bei Schwangeren und Ungeborenen? Wenn ja: Warum werden die Präparate weiterhin an Schwangere verabreicht? Und vor allem: Warum verheimlicht das Institut so vehement die schwerwiegenden Impfnebenwirkungen bei Kindern? Soll möglicherweise verschleiert werden, dass die Impfstoffe für Minderjährige schädlicher sind als die Erkrankung?

Auf letzteres deutet ein älterer [Sicherheitsbericht](#) vom Oktober 2021 hin. Weniger als zwei Monate, nachdem die Ständige Impfkommission (STIKO) am RKI die Kinderimpfungen ab zwölf Jahren empfohlen hatte, las man dazu dort noch Folgendes:

"Fünf der 1.809 Verdachtsfallmeldungen beziehen sich auf einen tödlichen Ausgang im Abstand von zwei bis 24 Tagen nach Impfung mit Comirnaty. Ein Todesfall betrifft eine weibliche 16-jährige Jugendliche, die im Zusammenhang mit einer Arrhythmie verstarb."

Das PEI ging damals noch tiefer ins Detail:

"Bei drei verstorbenen männlichen Jugendlichen bestanden schwere Vorerkrankungen. Berichtet wurden Multiorganversagen, Lungenblutung, disseminierte intravasale Gerinnung, septischer Schock und Fieber in einem Fall (männlich, 14 Jahre), Fieber und zirkulatorischer Kollaps im zweiten Fall (männlich, 15 Jahre) und Lungenembolie im dritten Fall (männlich, 16 Jahre)."

Doch schließlich bewies die Behörde für Impfstoffsicherheit schon vor einem Jahr ihre scheinbare Unlust auf genauere Nachforschungen:

"In den drei Fällen ist der ursächliche Zusammenhang mit der Impfung nicht beurteilbar, jedoch sind Beschwerden und Erkrankungsverlauf unterschiedlich und haben keine klinischen Gemeinsamkeiten. Bei einem vierten verstorbenen Jungen (12 Jahre) sind sehr wenige, insgesamt unzureichende Informationen zum Verlauf und den Todesumständen bekannt."

Behörde mauert bei kritischen Anfragen

Das Motto lautet offenbar: "Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß." Nach und nach ließ das PEI immer mehr Angaben weg. In seinem vorletzten Bericht mit Meldefällen bis Ende März 2022 fehlten Zahlen zu schweren Schäden und Todesfällen bei Kindern bereits ganz. Eine Anfrage der Autorin blieb damals wochenlang unbeantwortet. Erst auf wiederholte Nachfrage rückte das Institut die [begehrten Daten](#) heraus.

Demnach hatte das PEI bis Ende März 2022 insgesamt 36.870 schwerwiegende Verdachtsfälle registriert; betroffen waren auch 1.208 Minderjährige ab fünf Jahren. Unter den bis dahin 2.810 registrierten, nach einer Corona-Impfung Verstorbenen waren neun Jugendliche zwischen zwölf und 17 Jahren. Das PEI spricht von "Verdachtsfällen auf Nebenwirkungen mit tödlichem Ausgang". Zu den seinerzeit knapp 200 genannten jüngeren betroffenen Kindern machte es keine Angaben.

Das heißt: Etwa 21,4 Prozent der Meldedefälle bei Kindern und Jugendlichen hatte das PEI als schwerwiegend eingestuft. Angenommen, diese Rate hat sich weiter so fortgesetzt, müsste die Zahl der schwer betroffenen Kinder und Jugendlichen aller Altersgruppen nunmehr auf über 1.300 angestiegen sein.

Künftig noch weniger Informationen

Allerdings könnten es auch bereits Hunderte Fälle mehr sein. Denn den abstrahierten Angaben des PEI zufolge gingen in dem Institut, wie oben erläutert, fast 18.000 Meldungen zu schwerwiegenden Verdachtsfällen allein im zweiten Quartal 2022 ein – bei lediglich rund zehn Millionen Impfungen in diesem Zeitraum. Das wären im Durchschnitt 6.000 neue schwere Fälle pro Monat. Betraf diese rasante Zunahme auch die Verdachtsfälle bei Minderjährigen?

Zum Vergleich: Bis Ende März 2022 belief sich die Zahl der schweren Meldefälle auf 36.870. Das waren im Mittel 2.450 pro Monat seit Impfbeginn. Im zweiten Quartal dieses Jahres wurde demnach etwa die 2,5-fache Zahl schwerwiegender Fälle gemeldet – und dies bei weniger Impfungen.

Die Aussage des PEI auf Seite 3 seines Sicherheitsberichts unter der Rubrik "Hinweis zu künftigen Sicherheitsberichten" passt dazu nicht so recht. Dort schreibt das Institut nämlich wörtlich:

"Ein großer Teil der Bevölkerung ist nunmehr mindestens einmal geimpft. Derzeit nimmt die Zahl der Meldungen von Verdachtsfällen von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen bedingt durch die im Vergleich beispielsweise zum 1. Quartal 2022 niedrigere tägliche Impfquote ab, sodass sich an der kumulativen Auswertung der Daten aus der Spontanerfassung für die bislang verfügbaren COVID-19-Impfstoffe aktuell wenig ändert."

Das trifft laut Daten zwar für die Meldefälle insgesamt zu. Demnach kamen nämlich im zweiten Quartal rund 27.000 neue Meldungen hinzu, rund 9.000 pro Monat. Im Jahr 2021 registrierte das Institut monatlich noch mehr als doppelt so viele, nämlich im Schnitt 20.400 Fälle. Für die schwerwiegenden Verdachtsfälle trifft das jedoch keineswegs zu. Der Schluss, den das PEI daraus zieht, ist deshalb um so weniger nachvollziehbar:

"Daher wird das Format zukünftiger Sicherheitsberichte geändert und fortan auf die von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Auffrischimpfungen (Booster-Impfungen), neue Impfstoffe inklusive der neuen Variantenimpfstoffe und neue mögliche Risikosignale fokussiert."

Das bedeutet offensichtlich, dass das PEI künftig die Öffentlichkeit nicht mehr über alle gemeldeten Verdachtsfälle informieren will, sondern nur noch lückenhaft, nämlich über die von der STIKO empfohlenen Boosterimpfungen. Ab Oktober gilt erst die vierte Spritze als solche. Man könnte meinen, die seit Beginn der Impfkampagne allgegenwärtige Verharmlosung von Impfschäden durch Politik,

Medien und Verbände soll durch Weglassen eines Großteils der ohnehin lückenhaften Fälle noch verstärkt werden.

Verharmlosen durch Unterlassen

Verharmlost wird vor allem durch Unterlassen – nicht nur des Publizierens verschiedener wichtiger Daten, sondern etwa von gezielten Untersuchungen der Todesfälle. So erkannte das PEI zuletzt bei lediglich 120 der über 3.000 gemeldeten nach einer Impfung Verstorbenen einen "wahrscheinlichen oder möglichen ursächlichen Zusammenhang" mit dem Präparat an. Das allein wäre schon Grund genug, die bedingt zugelassenen Vakzine vorerst aus dem Verkehr zu ziehen und grundlegend neu zu überprüfen.

Brisant ist allerdings, dass das PEI keineswegs durch gesicherte Diagnosen zu seinen "Erkenntnissen" gelangte, sondern lediglich durch statistische Berechnungen. Und die lassen ohnehin zu wünschen übrig. So erkennt das Institut auch in diesem Bericht bei Todesfällen, aber auch bei verschiedenen Erkrankungen, kein Risikosignal, weil die Zahl der Meldefälle die ermittelte durchschnittliche Anzahl der jeweiligen Ereignisse in der Gesamtbevölkerung nicht übersteige.

Dabei taugen die Meldefälle schon deshalb nicht für einen derartigen Vergleich, weil sie unvollständig sind. So müsste ausnahmslos jeder Todesfall oder jeder Herzinfarkt bei Geimpften gemeldet werden, um eine valide Aussage treffen zu können. Diese Daten werden aber gar nicht erhoben.

Um dies zu verdeutlichen: Genau 576 Menschen starben direkt am Tag ihrer Impfung, weitere rund 600 Menschen in den sechs darauffolgenden Tagen. Es ist nicht glaubhaft, dass Menschen, bei denen der nahe Tod erwartet wurde, noch zum Impfen gebracht wurden – und falls doch, wäre es rechtlich fragwürdig. Es dürfte sich also um fast 1.200 unerwartete Todesfälle in der ersten Woche nach der Impfung gehandelt haben. Statt aber mindestens solche Fälle eingehend rechtsmedizinisch zu untersuchen, bemüht das PEI statistische Methoden, die vermutlich in keiner wissenschaftlichen Studie durchgehen würden.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.